

Die Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit der Schweiz¹ verstärkt Wirkung und Sichtbarkeit der Schweiz und der bilateralen Hilfe

15. Mai 2008

Im Jahr 2006 betrug die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit CHF 2,063 Milliarden. Dies entspricht 0,39% des BNE. Davon kamen CHF 491.8 Millionen, in der Form von allgemeinen (ungebundenen) Beiträgen multilateralen Institutionen zu.² Im 2006 betrug die bilaterale Hilfe der Schweiz CHF 1,571 Milliarden. Diese Zahl schliesst zweckgebundene Beiträge, so genannte multi-bilaterale Aktionen mit UNO-Organisationen und internationalen Finanzierungsinstitutionen (nämlich CHF 159 Millionen³) mit ein. Von den CHF 1,571 Milliarden flossen zudem ca. CHF 221 Millionen an schweizerische NGOs, was etwa der Hälfte der ungebundenen multilateralen Beiträge entspricht.⁴

Je nach Berechnung bewegt sich der Anteil der multilateralen Zusammenarbeit der Schweiz (inkl. Weltbank und humanitäre Hilfe) zwischen 25% (ungebundene Beiträge) und 32% (unter Berücksichtigung der zweckgebundenen, multi-bilateralen Aktionen mit UNO-Organisationen und internationalen Finanzierungsinstitutionen).

Nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung sind anerkanntermassen gemeinsame Aufgaben – und eine gemeinsame Verantwortung – von Staat, Zivilgesellschaft, Privatsektor und Wissenschaft. Dabei hängt ein wirksamer und effizienter Einsatz vorhandener Mittel von einer sinnvollen – komplementären – Rollenverteilung unter den verschiedenen Akteuren ab. Dabei ist zentral, dass im Sinne einer weltweiten Partnerschaft (UN-Millenniumentwicklungsziele, MDG, 8) die Entwicklungsländer die Hauptverantwortung für ihre eigene Entwicklung tragen. Entwicklungsgelder können ein diesbezügliches Versäumnis nicht kompensieren. Umso wichtiger ist die Förderung der Guten Regierungsführung und die Stärkung staatlicher Strukturen, zum Beispiel im Gesundheitswesen oder im Schulbereich.

Die internationale Gebergemeinschaft hat sich verpflichtet 0.7 Prozent des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. Staaten wie Norwegen, Dänemark, Schweden kommen diesen gemeinsam erarbeiteten und verabschiedeten Standards nach. Sie verknüpfen ihren Mitteleinsatz mit einer geschickten Förderung von bilateralen

¹ von Wolfgang Wörnhard, Präsident UNICEF Schweiz, in Zusammenarbeit mit dem Büro King Zollinger, Zürich

² Jahresbericht der Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2006. Ausgaben DEZA/seco für sowohl humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Davon CHF 144 Millionen für Organisationen der Vereinten Nationen (z.B. UNDP: CHF 52 Millionen, UNICEF: CHF 18 Millionen, UNFPA: CHF 12.5 Millionen) und CHF 289 Millionen für Internationale Finanzierungsinstitutionen (z.B. Weltbank: CHF 204 Millionen).

³ Von den CHF 159 Millionen gingen z.B. 36.1 Millionen an das Welternährungsprogramm (WFP) für zweckgebundene humanitäre Hilfe.

⁴ Jahresbericht der Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2006. Gemäss DEZA-Webseite und StopArmut wird sogar 30% der bilateralen Hilfe schweizerischen NGOs anvertraut. Zudem sind gemäss StopArmut die kirchlichen respektive christlich orientierten NGOs „massgeblich“ daran beteiligt.

und multilateralen Programmen. Dabei werden staatliche Interessen, Menschenrechte und Entwicklung gleichermaßen berücksichtigt. Die internationale Gemeinschaft hat im Rahmen der Paris Konferenz die Bedeutung der Stärkung der staatlichen Strukturen und der guten Regierungsführung erneut bekräftigt. Die Schweiz nahm an der Konferenz teil und unterstützt die der Konferenz folgende Paris Deklaration. Die Schweiz hat sich auch verpflichtet, die Deklaration in ihrem Entwicklungshandeln umfassend zu berücksichtigen.

Im Rahmen der Diskussion um die Verteilung der bestehenden Bundesmittel und allfällig zusätzlicher Entwicklungsgelder (0.7% Initiative) geht es darum, bilaterale und multilaterale un- und zweckgebundene Programme zu sichern, aber auch die Wirkung der eingesetzten Mittel im Rahmen der Paris Deklaration zu stärken.

Parlament und Bundesrat haben sich verpflichtet, den prozentualen Anteil der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz zu steigern. Der Einsatz der Mittel soll dabei so erfolgen, dass sie eine grosse Hebelwirkung entfalten und die Sichtbarkeit der Schweiz in der internationalen Gesellschaft erhöhen.

Das vorliegende Papier erörtert die besonderen Vorzüge der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

1. Die Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit der UNO beruht auf einer einmaligen Legitimation

... weil ihre Verfassung (die Charta der Vereinten Nationen) ein **völkerrechtlicher Vertrag** ist, der alle Mitgliedstaaten bindet, und das Mandat der UNO auf internationale Konventionen, Normen, Aktionspläne und Werte beruht.

... weil heute die UNO mit 192 Mitgliedstaaten eine beinahe **universelle Zusammensetzung** hat, von denen alle im Hauptorgan für entwicklungspolitische Fragen, nämlich der UNO-Generalversammlung, eine gleichwertige Stimme haben.

... weil sie sich nach den **Interessen der Allgemeinheit** richtet und keine bestimmten nationalen oder wirtschaftlichen Partikulärinteressen verfolgt.

... weil ihre **Hilfe ungebunden** ist, was heisst, dass Partnerländer die im Rahmen ihrer Entwicklung benötigten Güter und Dienstleistungen auf dem Weg der internationalen Ausschreibung zu bestmöglichen Bedingungen beschaffen können.

... weil ihr Mandat in umfassender Weise **friedenspolitische, soziale, wirtschaftliche und Nothilfebedürfnisse** abdeckt.

... weil die globalen **Prioritäten** der UNO zwischen Entwicklungsländer und Industriestaaten **gemeinsam erarbeitet**, gutgeheissen und getragen werden.

... weil die UNO durch ihr dichtes Netz von Länderbüros eine kontinuierliche weltweite Präsenz und Infrastruktur hat, und ihr über **60 Jahre gesammeltes Wissen** der ganzen Staatengemeinschaft zur Verfügung stellen kann.

Beispiel 1

Die UNO-Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs): Am Millenniumsgipfel der UNO-Generalversammlung im September 2000 einigten sich die Mitgliedstaaten der UNO auf die wichtigsten Ziele der Entwicklungszusammenarbeit, mit der Absicht, sie bis ins Jahr 2015 zu

erreichen. Gleichzeitig wurde anerkannt, dass diese Ziele nur erreicht werden können, wenn sich alle Akteure - Staaten, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft und der Privatsektor - dafür einsetzen.

Beispiel 2

UNO-Konvention gegen Diskriminierung von Frauen: Wenn eine Ägypterin Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, sei es sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder häusliche Gewalt, erleidet, kann sie sich seit kurzem an das ‚National Women’s Complaints Office‘ wenden. Hier steht eine Gruppe von ehrenamtlichen Rechtsanwältinnen bereit, die vom UNO-Entwicklungsfonds für Frauen (UNIFEM) über die Rechte der Frauen ausgebildet worden sind. Der normative Rahmen für solche institutionellen Reformen ist die UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frauen (CEDAW), die von 185 Staaten ratifiziert worden ist. UNIFEM hilft diesen Ländern auf verschiedene Weisen, ihren Verpflichtungen aus der Konvention nachzukommen.

Beispiel 3

Umfassendes Mandat in Liberia: In Liberia war das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) bereits lange vor Ort und daher für das Land ein wichtiger Partner bei der Vorbereitung von Wahlen, welche im November 2005 in der Wahl der ersten afrikanischen Präsidentin, Ellen Johnson-Sirleaf, resultierten. Für ein Land, das sich erst seit kurzer Zeit vom heftigen Bürgerkrieg erholte, stellte das Organisieren dieser Wahlen eine grosse Herausforderung dar. UNDP profitierte dabei von der Präsenz der für die Sicherung von Frieden zuständigen UNO-Mission in Liberia (UNMIL).

2. Dank ihrer besonderen Legitimation ist die UNO ein wichtiger Partner von Regierungen in Entwicklungsländern

... weil dank ihrer besonderen **Vertrauensbeziehungen** zu Regierungen und ihren Bevölkerungen die UNO gerade in politisch sensiblen Bereichen wie gute Regierungsführung, Korruption oder Menschenrechte, denen beim Kampf gegen die Armut eine überragende Schlüsselrolle zukommt, besonders glaubwürdig ist.

... weil die UNO-Organisationen auf Länderebene durch Politikdialog und Bildung von Kapazitäten die **Eigenverantwortung der nationalen Regierungen** sowie ihre Rechenschaftspflicht gegenüber der betroffenen Bevölkerung **fördert**.

... weil die UNO hilft, klare nationale Armutsbekämpfungsstrategien und die entsprechenden **langfristigen Rahmenbedingungen und tragfähige Strukturen** für ihre Umsetzung zu schaffen, ohne die eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich ist.

... weil die UNO ihre eigene Entwicklungszusammenarbeit auf den von den Entwicklungsländern eingeschlagenen Weg und ihren nationalen **Armutsbekämpfungsstrategien** aufbaut, vorausgesetzt, diese Strategien sind überzeugend und die Regierungen gewillt, sie umzusetzen.

... weil sie durch die Herstellung eines **Dialogs mit der Zivilgesellschaft** und deren Einbezug in die Arbeit der Regierung eine wichtige Brückenfunktion erfüllt.

Beispiel 1:

Grundbildung: Schulgebühren können bis zu einem Viertel des Budgets einer armen Familie in Afrika südlich der Sahara ausmachen und verhindern vielen Kindern die Teilnahme am Unterricht. Dank der Zusammenarbeit der UNO mit der Regierung in Kenia, zum Beispiel, stieg die Zahl der eingeschulten Kinder nach Abschaffung der Schulgebühren um 1,2 Millionen im Jahr 2003 und im Jahr 2004 um 7,2 Millionen. Diese hohe Zahl an eingeschulten Kindern stellt grosse

Herausforderungen an das nationale Schulsystem: vom Schulhaus über die Klassengröße bis hin zum Lehrpersonal. Aufgrund dieser Erkenntnisse erarbeiten darum UNICEF und weitere Partner momentan einen „How To“-Führer für Regierungen, die Schulgebühren abschaffen wollen.

Beispiel 2:

Bevölkerung und Entwicklung: Mitte 2006 lebten rund 6,6 Milliarden Menschen auf der Erde. Das Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 (ICPD) erkennt, dass Bevölkerungswachstum und Armut eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig beeinflussen. Zur Realisierung des ICPD setzt sich der UNO-Bevölkerungsfonds (UNFPA) in verschiedenen Entwicklungsländern für die politische Verwirklichung der sexuellen und reproduktiven Rechte ein, und investiert in staatliche Bildungs- und Gesundheitsprogramme, um vor allem den Zugang zu Aufklärung und freiwilliger Familienplanung zu erleichtern, sowie die reproduktive Gesundheit zu verbessern.

Beispiel 3:

Bildung nationaler Kapazitäten: In vielen Ländern stehen immer bessere statistisch nutzbare Daten zur Verfügung. Das UNO-Aids-Programm (UNAIDS), zum Beispiel, hilft Regierungen in den Entwicklungsländern, in die statistische Erfassung von Aids-Kranken zu investieren, um verlässliche Angaben aus allen Ländern zu erhalten. Nur so ist eine wirksame Antwort aller Akteure, die gegen HIV/Aids kämpfen, auf die Aids-Epidemie möglich.

Beispiel 4:

Demokratieförderung: In Zusammenarbeit mit der kuwaitischen Regierung hat das UNDP die politischen Rechte von Frauen gefördert. Anlässlich der Parlamentswahlen im 2006, an denen Frauen aufgrund einer Gesetzesänderung das erste Mal teilnehmen durften, hat das UNDP insbesondere Frauen dabei unterstützt, von ihrem Wahlrecht und vom Recht zu kandidieren Gebrauch zu machen. Am Ende konnte zwar noch keine Frau in das neu gewählte Parlament einziehen, jedoch gingen 35% aller Frauen an die Urne. Dies ist eine höhere Wahlbeteiligung als viele etablierte Demokratien verzeichnen können.

3. Die UNO spielt eine führende Rolle bei der Lösung grenzüberschreitender Herausforderungen, die uns auch in Europa betreffen

... weil **grenzüberschreitende Herausforderungen** wie Epidemien, Klimawandel oder Massenmigration die Kapazitäten einzelner Akteure überfordern.

... weil solche Probleme mit kleinen, unkoordinierten Einzelaktionen nie in den Griff zu bekommen sind.

... weil die UNO die **politischen und finanziellen Erfordernisse** für die Lösung grenzüberschreitender Probleme mobilisieren und bündeln kann.

... weil sie ein **koordiniertes Handeln** der internationalen Gemeinschaft herbeiführen und weltweit gültige Normen und Prinzipien setzen kann.

... weil die UNO die einzige Organisation mit den **notwendigen Kapazitäten und langjährigen Beziehungen** zu den Regierungen in Industrie- und Entwicklungsländern ist.

Beispiel 1

Kinderlähmung: Seit Beginn des von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) angeführten Wettkampfs zur Ausrottung der Kinderlähmung in den späten 80er Jahren, sind die Fälle von 350'000 in mehr als 125 endemischen Ländern im Jahre 1951 auf 695 gefallen. So hat z.B. eine gross angelegte Impfkampagne in Indien starke Resultate erzeugt, und es wird damit gerechnet, dass die verkrüppelnde Krankheit in den nächsten zwei Jahren keine Opfer mehr fordern wird.

Beispiel 2

Schutz der Ozonschicht: Zwanzig Jahr nach Inkrafttreten des Montreal-Protokolls geht der Anteil der ozonschädigenden Substanzen in unserer Atmosphäre zurück. Es gibt Anzeichen dafür, dass sich die lebenswichtige Schutzschicht, die uns vor den tödlichen ultravioletten Strahlen bewahrt, erholt. Die Entstehung des Montreal Protokolls wurde durch das UNO-Umweltprogramm (UNEP) koordiniert, welches bis heute das Montreal-Protokoll-Sekretariat führt. Zudem wurde ein Multilateraler Fonds für die Implementierung des Montreal Protokolls geschaffen. Die dadurch finanzierten Projekte wurden von der Weltbank, dem UNO-Umweltprogramm (UNEP), dem UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) und der UNO-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) umgesetzt. Bis heute wurden über 5'200 Projekte zur Eliminierung schädlicher Substanzen in 140 Entwicklungsländern finanziert.

Beispiel 3

Kampf gegen die Vogelgrippe: Die Vogelgrippe ist ein Problem, das kein einzelner Staat – geschweige denn ein von der Vogelgrippe betroffenes Entwicklungsland – alleine lösen kann. Nur gemeinsam kann eine Lösung gefunden werden. Dabei spielen UNO-Organisationen eine wichtige Rolle. So zum Beispiel versucht die UNO, Staaten in Afrika zu koordinieren und unterstützt deren Anstrengungen im Kampf gegen die Vogelgrippe. Auf Landesebene, so in Vietnam, eines der stärksten betroffenen Länder Asiens, haben WHO, die UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), UNICEF und UNDP, zusammen mit der Regierung, ein gemeinsames Aktionsprogramm erarbeitet um die Ausbreitung der Tierseuche unter Kontrolle zu bringen.

4. UNO-Organisationen spielen eine zentrale Koordinationsrolle

...weil keine andere Organisation eine nur annähernd gleiche **Kraft** hat, **verschiedene Akteure zusammenzurufen** („Convening Power“ der UNO dank ihrer einmaligen Legitimation).

... weil es für eine wirklich **nachhaltige Entwicklung** einer Koordination aller involvierten Akteure bedarf.

... weil es ohne Koordination zu Doppelspurigkeiten, Ressourcenverschleiss und eher auch zu Veruntreuungen kommt.

... weil durch die Koordination die Arbeit aller Akteure besser miteinander verbunden, **Synergien** gewonnen und **Effizienz** gesteigert wird.

... weil in zahlreichen Situationen humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit erst möglich ist dank dem Zusammenspiel mit friedenspolitischen Akteuren wie UNO-Friedenstruppen.

Beispiel 1

Migration: Weltweit leben geschätzte 191 Millionen Menschen ausserhalb ihrer Heimatländer. Fast die Hälfte davon sind Frauen; ein Drittel sind Jugendliche im Alter von 10 bis 24. Im September 2006 fand im Rahmen der UNO-Generalversammlung zum ersten Mal ein

„Hochrangiger Dialog über Migration und Entwicklung“ statt, an welchem Führungspersonen und Experten, sowohl Regierungsvertreter wie auch Vertreter der Zivilgesellschaft, aus 130 Ländern teilnahmen. Dieser internationale Dialog wird von vielen als ein Meilenstein im Bereich des politisch brisanten Themas der internationalen Migration angesehen. Teilnehmende am Dialog kamen zum Schluss, dass Migration nur im Zusammenhang mit ihren Ursprüngen wie Armut, schlechte Regierungsführung, ungenügender Zugang zu Gesundheitswesen, Bildung und Arbeit diskutiert werden kann. Der Dialog und die konkrete Zusammenarbeit soll im Rahmen von Folgeanlässen weitergeführt werden.

Beispiel 2

Hunger: Das Welternährungsprogramm (WFP) spielt eine führende Rolle bei der koordinierten Versorgung von hungernden Menschen mit Nahrungsmitteln. Das WFP kann auf 40 Jahre Erfahrung zurückblicken und hat in dieser Zeit ein „Emergency Response Procedure“ entwickelt: Als Erstes fahren gemischte Emergency Assessment Teams vor Ort und prüfen, wie viel Essen für wie viele Menschen benötigt wird, über welchen Zeitraum hinweg, wie die Nahrungsmittel zur Not leidenden Bevölkerung gebracht werden kann, und von welcher Organisation. Aufgrund der Antworten entwickelt das WFP einen Aktions- und Finanzplan und gelangt schliesslich mit einem Aufruf für Unterstützung an Geberländer. Im Jahre 2006 konnten so 64 Millionen Menschen mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Momentan versucht das WFP im zurzeit grössten internationalen Notfalleinsatz im Sudan 34 Millionen Menschen zu versorgen.

5. UNO-Organisationen messen Resultate

... weil verlässliche und **objektive Daten** allen helfen, den Erfolg beim Erreichen globaler und nationaler Ziele zu messen und die daraus resultierenden Erkenntnisse in die weiteren Tätigkeiten mit einzubeziehen.

... weil **UNO-Organisationen** selber permanent unter Druck sind, effizienter und wirksamer zu arbeiten, richten sie ihre Arbeit auf Resultate aus und **messen ihre eigenen Leistungen**.

... weil **Geldgeber wie die Schweiz kontrollieren** welche **Wirkung** sie mit ihren Beiträgen erzielen.

... weil sie gegenüber den Regierungen und der Öffentlichkeit in den Entwicklungsländern verantwortlich sind.

Beispiel 1

Monitoring der MDGs: UNDP unterstützt Entwicklungsländer dabei, nationale Statistiksyste me zwecks Erhebung MDG-relevanter Daten zu schaffen. Zudem koordiniert und unterstützt das UNDP sie dabei, nationale MDG-Berichte zu erarbeiten. Heute haben bereits über 140 Länder nationale MDG-Berichte.

Beispiel 2

Senkung der Kindersterblichkeit (MDG 4) infolge verbesserter öffentlicher Gesundheitsversorgung: Dank dem grossen Einsatz von UNICEF sind enorme Fortschritte im Kampf gegen die hohe Kindersterblichkeit in den Entwicklungsländern zu verzeichnen. Die Zahl der Kinder, die vor ihrem fünften Lebensjahr – zumeist an vermeidbaren oder behandelbaren Krankheiten – starben, sank von rund 13 Millionen im Jahr 1990 auf 9,7 Millionen im Jahr 2006. Dies entspricht einem Rückgang um 24%. Dies obschon die Weltbevölkerung im gleichen Zeitraum von ca. 5.3 auf 6.5 Milliarden angestiegen ist. Diese Fortschritte sind vor allem auf den verbesserten medizinischen Zugang und Prävention zurückzuführen. Die meist kostengünstigen Massnahmen umfassen die Verbesserung der Hygiene, den flächendeckend verabreichten

Impfschutz gegen gefährliche Infektionskrankheiten wie Masern, die Abgabe von Vitamin A zur Stärkung der Widerstandskraft, imprägnierte Moskitonetze zum Schutz vor Malaria sowie die Förderung des Stillens und gemeindenaher Gesundheitsdienste.

Beispiel 3

Wirkungskontrolle: Für den wirkungsvollen Einsatz im multilateralen Umfeld überprüft der Bund periodisch die Zusammenarbeit mit ihren Partnern. Bei der Auswahl und Bewertung multilateraler Institutionen orientiert sie sich an einer Reihe von Kriterien. Dazu gehören neben strategischen und aussenpolitischen Gesichtspunkten auch Resultatorientierung und die anhand von Indikatoren erwiesene Effektivität.

Beispiel 4

Verantwortlichkeit: Der Global Accountability Report des One World Trust untersucht und bewertet die Verantwortlichkeit globaler Organisationen gegenüber denjenigen Menschen, die sich in ihrem jeweiligen Einflussbereich befinden. Die Kriterien, die dafür angewandt werden, sind Transparenz, Teilnahme, Evaluation und Beanstandungsmechanismen. Im 2007 hat UNDP im Vergleich zu 30 anderen untersuchten Organisationen am besten abgeschlossen.

Ausgewählte Literatur und Weblinks

- ÿ United Nations (www.un.org)
- ÿ The MDG Monitor (www.mdgmonitor.org)
- ÿ United Nations Statistics Division (<http://unstats.un.org>)
- ÿ United Nations Information Service Vienna (www.unis.unvienna.org)
- ÿ Schweizerisches Komitee für UNICEF (www.unicef.ch)
- ÿ Nationales Komitee für UNIFEM, Schweiz/Liechtenstein (www.unifem.ch)
- ÿ Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (www.deza.admin.ch)
- ÿ Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz – eine DEZA-SECO Leitlinie, Bern 2005
- ÿ Jahresbericht der Internationalen Zusammenarbeit der Schweiz 2006
- ÿ Eine Welt Nr. 4, Dezember 2004 (DEZA-Magazin für Entwicklung und Zusammenarbeit): Multilaterale Zusammenarbeit: Zu Gunsten der Ärmsten grosse Probleme gemeinsam anpacken
- ÿ Martin Rohner und Roy Sutter: Hebelwirkung der Entwicklungsbanken – Ein Plädoyer für die multilaterale Hilfe, NZZ vom 6.10.2004
- ÿ Alison King: Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung – Neue Rollenverteilung zwischen Staat, Unternehmen und Philanthropie, Referat im Rahmen der Zürcher Roundtable der Philanthropie, November 2006
- ÿ Urs Zollinger: Die Auswirkungen der Globalisierung auf die nachhaltige Entwicklung und die Herausforderungen an die globale Gouvernanz, Referat im Rahmen des Zertifikatkurs „Nachhaltige Entwicklung“ an der Universität Bern, Juni 2007
- ÿ Kampagne „0,7% - Gemeinsam gegen Armut“ (www.gemeinsamgegenarmut.ch)
- ÿ Armut ist nicht Schicksal, Argumente für eine Erhöhung der Schweizer Entwicklungshilfe, Helvetas
- ÿ StopArmut 2015 (www.stoparmut2015.ch) „Die weltweite Armut halbieren – Jetzt Taten statt Worte